Frauen brauchen gerechte Bezahlung, selbstbestimmte Arbeitszeiten und faire Aufstiegschancen

Frauen brauchen gerechte Bezahlung, selbstbestimmte Arbeitszeiten und faire Aufstiegschancen

Unter dem Titel "Weiblich, qualifiziert sucht: Wirtschaftliche Unabhängigkeit!" findet am 9. Oktober 2015 die Fachtagung des Projekts "Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!", eine Kooperation des DGB-Bundesvorstandes und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin statt.
Auf der Fachtagung diskutieren der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Dr. Ralf Kleindiek, die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack, und die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Prof. Jutta Allmendinger, mit mehr als 150 Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Gewerkschaften, Betrieben und Verwaltungen über Chancen und Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus werden konkrete Handlungsoptionen zur Entgelt- und Chancengleichheit vorgestellt.
Obwohl fast alle jungen Frauen wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen wollen, sieht die Lebensrealität oft anders aus. "Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt, arbeiten unfreiwillig in Teilzeit und haben letztlich auch weniger Rente im Portemonnaie", sagt DGB-Vize Elke Hannack.
"Politik und Wirtschaft sind hier gefragt, endlich die zahlreichen Stolpersteine für Frauen am Arbeitsmarkt aus dem Weg zu räumen. Frauen brauchen gerechte Bezahlung, selbstbestimmte Arbeitszeiten und faire Aufstiegschancen. Dazu gehört auch ein Rückkehrrecht aus Teilzeit- in die Vollzeitarbeit. Wir müssen Frauen eine eigenständige Existenz ermöglichen", so Hannack weiter.
"Nach wie vor sind die Bruttostundenlöhne im Durchschnitt 22 Prozent niedriger als die der Männer. Das muss ein Ende haben, wir brauchen mehr Lohngerechtigkeit.", sagt Dr. Ralf Kleindiek. "Mit unserem geplanten Gesetz sollen Lohnstrukturen transparenter werden. Unternehmen sollen Entgeltdiskriminierung erkennen und beseitigen können. Um gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer zu erreichen, wollen wir Arbeitszeiten gleichmäßiger verteilen. Das unterstützen wir bereits mit dem ElterngeldPlus. Mit der Familienarbeitszeit möchten wir diesen Weg fortsetzen."
Das Projekt "Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!" stellt die eigenständige Existenz von (jungen) Frauen in den Mittelpunkt und bringt politische, gewerkschaftliche und betriebliche Akteurinnen und Akteure mit Erkenntnissen aus der Wissenschaft zusammen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zum Thema zu machen.
Weitere Informationen zum Projekt und zur Fachtagung unter:
 www. was-verdient-die-frau.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 0049/30/24060-0
Telefax: 0049/30/24060-324
Mail: info.bvv@dgb.de
URL: http://www.dgb.de/
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=596940" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Firmenkontakt

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

10178 Berlin

dgb.de/
info.bvv@dgb.de

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Als Dachverband schließt er keine Tarifverträge ab. Er arbeitet auf internationaler Ebene im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit und vertritt die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei internationalen Institutionen wie der EU und der UNO. Seit seiner Gründung 1949 ist er dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Er ist - wie seine Mitgliedsgewerkschaften - pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB handeln mit den Arbeitgebern Tarifverträge, u.a. zu Einkommen, Arbeitszeiten, Urlaub aus. Im Falle eines Arbeitskampfes organisieren sie den Streik und zahlen den Mitgliedern Streikunterstützung. Sie helfen bei der Gründung von Betriebsräten, unterstützen die Beschäftigten bei betrieblichen Konflikten und vertreten sie bei Streitigkeiten mit ihrem Arbeitgeber. Gewerkschaftsmitglieder genießen kostenlosen Rechtsschutz.